

HALBJAHRESFINANZBERICHT 2011  
**DER KA FINANZ AG**

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Zwischenlagebericht</b>	<b>3</b>
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	3
Geschäftsverlauf erstes Halbjahr 2011	4
Unterstützungsmaßnahmen der Republik Österreich	5
Haftungsentgelte an die Republik Österreich	5
Beihilfeverfahren bei der Europäischen Union	6
Aktivastruktur	6
Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel	7
Refinanzierungsstruktur / Liquidität	7
Rating	7
Ertragslage	7
Risikostruktur	8
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	9
Ausblick	11
<b>Zwischenabschluss</b>	<b>12</b>
Bilanz der KA Finanz AG nach UGB/BWG	12
Gewinn-und-Verlustrechnung der KA Finanz AG nach UGB/BWG	13
<b>Anhang zum Zwischenabschluss der KA Finanz AG</b>	<b>14</b>
<b>Erklärung der gesetzlichen Vertreter zum Halbjahresfinanzbericht</b>	<b>16</b>
<b>Bericht über die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernabschlusses zum 30. Juni 2011</b>	<b>17</b>

# ZWISCHENLAGEBERICHT

## Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im 1. Halbjahr 2011 war eine Fortsetzung des globalen Konjunkturaufschwungs zu verzeichnen. Gleichzeitig ist für den weiteren Verlauf 2011 eine Verlangsamung dieses Wachstums, bedingt durch steigende Energie- und Rohstoffpreise sowie eine restriktivere Geldpolitik der Schwellenländer, zu erwarten. Die Entwicklungen der staatlichen Verschuldungen und Defizite und die damit verbundenen Maßnahmen der öffentlichen Haushalte, die Umbrüche im Nahen/Mittleren Osten und Nordafrika sowie die Natur- und atomare Umweltkatastrophe in Japan bewirken gemeinsam mit den fortgesetzt volatilen Finanzmärkten eine Unsicherheit hinsichtlich der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Seitens der europäischen Staaten wird richtigerweise versucht, entgegenzusteuern. So wurde Ende März 2011 der ESM (European Stability Mechanism) beschlossen, welcher die bestehende European Financial Stability Facility (EFSF) ab 2013 ablösen soll. Der ESM wird über eine effektive Ausleihungskapazität von EUR 500 Mrd. zur Unterstützung von Euro-Mitgliedstaaten verfügen. Am 21. Juli 2011 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder in Abstimmung mit der EZB (Europäische Zentralbank) auf ein neues Hilfspaket von EUR 109 Mrd. für Griechenland sowie Unterstützungsmaßnahmen für weitere Staaten. Zudem wurden die Verlängerung von Laufzeiten griechischer Staatsanleihen, eine freiwillige Beteiligung des privaten Sektors sowie eine Ausweitung der Kompetenzen des EFSF sowie des ESM beschlossen, um eine Stabilisierung der Finanzmärkte zu unterstützen.

In Europa zeigt sich allgemein eine divergente Entwicklung zwischen den stark wachsenden Volkswirtschaften wie Deutschland sowie jene Skandinaviens und Osteuropas einerseits sowie den marktgeschwächten Peripheriestaaten andererseits. Auch Österreich ist von einem anhaltenden Aufschwung gekennzeichnet, der sich unter anderem in einer erhöhten Beschäftigungsquote sowie steigenden Exporten und Investitionen niederschlägt. Gleichzeitig ist eine steigende Inflation, bedingt durch höhere Rohstoff- und Energiepreise, zu verzeichnen. Die jüngsten Aussichten von WIFO und IHS prognostizieren für 2011 ein erfreuliches BIP-Wachstum in Österreich von 3,0 % gegenüber einem Anstieg von 2,1 % im Jahr 2010. Im Euroraum geht das Statistische Amt der Europäischen Union von einem Anstieg von 1,6 % aus, während die Wirtschaft im Vergleichszeitraum 2010 um 1,8 % wuchs.

Der Euro konnte im Verlauf des 1. Halbjahres von USD 1,32 zu Jahresbeginn auf annähernd USD 1,50 zulegen, bevor er vor dem Hintergrund der europäischen Schuldensituation zur Jahreshälfte wieder auf USD 1,45 fiel. Auf den Kapitalmärkten stieg der zehnjährige Euro-Swapsatz Mitte April 2011 auf 3,77 %; unter dem Eindruck der Entwicklung in der Schuldensituation der Euro-Länder zur Jahresmitte reduzierte sich das Niveau auf derzeit 3,42 %. Die Euro-Peripheriestaaten zeigten eine deutliche Ausweitung der Credit Spreads. Der iTraxx SovX Western Europe Swap Index stieg von seinem Jahrestief Mitte April 2011 von 157 Basispunkten auf 217 Basispunkte zur Jahreshälfte. Dieser Trend hat sich auch im Juli fortgesetzt; der iTraxx SovX Western Swap Index erreichte 300 Basispunkte.

Auf den Geldmärkten war im 1. Halbjahr 2011 der schon länger erwartete Anstieg der Zinssätze zu verzeichnen, nachdem die EZB vor dem Hintergrund der ansteigenden Inflation den europäischen Leitzinssatz von 1,0 % zu Jahresbeginn in zwei Schritten am 7. April 2011 und am 7. Juli 2011 auf 1,5 % erhöhte. Eine weitere Erhöhung durch die EZB im Jahresverlauf ist dabei nicht auszuschließen. Die US-Notenbank FED hat ihren Leitzinssatz unverändert auf dem Rekordtief von 0,0 % bis 0,25 % belassen und betreibt eine weiterhin massiv expansive Geldpolitik.

## Geschäftsverlauf erstes Halbjahr 2011

Die KA Finanz AG (KF) betreibt den strukturierten Abbau des nicht strategischen Portfolios der vormaligen Kommunalkredit Austria AG. Ziel der KF ist der fokussierte Risikoabbau bei Minimierung des Einsatzes öffentlicher Ressourcen, unter Wahrung von Wertaufholungspotenzialen bei bestmöglichem Eigenbeitrag unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts (Burdensharing).

Die Tätigkeiten der KF konzentrieren sich dabei auf

- den Abbau bestehender Vermögensbestände
- Maßnahmen des aktiven Risikomanagements (Absicherungsgeschäfte zum Management des Wechselkurs-, Zins- und Kreditrisikos)
- die Refinanzierung der bestehenden Aktiva (z. B. EZB-Tender, Commercial Paper, Money Market)

Ein aktivseitiger Aufbau des Geschäftsvolumens findet nicht statt; passivseitig erfolgt die Refinanzierung der bestehenden Aktiva in erster Linie über besicherte und unbesicherte Commercial Paper, Kundeneinlagen sowie besicherte Geldmarktgeschäfte (Repos).

### Abbau von Risikopositionen

Im ersten Halbjahr 2011 konnte die KF, trotz angespannter Marktlage, insgesamt Risikopositionen in Höhe von EUR 2,2 Mrd. abbauen. Davon wurden EUR 1,7 Mrd. durch über den Zielen des Restrukturierungsplanes liegendem aktiven Abbau von Wertpapieren, Darlehen und Credit Default Swaps (CDS) reduziert, weitere EUR 0,5 Mrd. an Risikopositionen reduzierten sich durch planmäßige Tilgungen. Somit hat sich auch die Bilanzsumme zum Halbjahr um EUR 2,7 Mrd. bzw. 16,5 % auf EUR 13,8 Mrd. reduziert (31.12.2010: EUR 16,5 Mrd.). Damit wurde der Zielwert von EUR 1,5 Mrd. für den aktiven Abbau bis Ende 2011 bereits zur Jahreshälfte überschritten. Der Abbau konnte ohne wesentliche Kapitalbelastung und somit ohne Beanspruchung zusätzlicher öffentlicher Mittel umgesetzt werden und reduzierte zudem den Liquiditätsbedarf der KF.

Zwischen November 2008 und dem 30. Juni 2011 wurde die Risikoposition der KF insgesamt um EUR 9,4 Mrd. reduziert. Dies liegt um EUR 5,5 Mrd. über den Parametern des Restrukturierungsplanes wie folgt:

Abbau der Risikopositionen seit November 2008 in EUR Mio.	2008/2009 <sup>1)</sup>	2010	Summe 2008 bis 2010 (IST)	01-06/2011	Summe 2008 bis 30.06.2011 (IST)
Wertpapiere – Verkauf	516	964	<b>1.480</b>	1.221	2.701
Darlehen – Verkauf	0	115	<b>115</b>	470	585
CDS – Verkauf <sup>2)</sup>	2.183	20	<b>2.203</b>	35	2.238
<b>Summe Verkauf</b>	<b>2.699</b>	<b>1.099</b>	<b>3.798</b>	<b>1.726</b>	<b>5.524</b>
Wertpapiere – Tilgung	635	560	<b>1.195</b>	306	1.501
Darlehen – Tilgung	870	816	<b>1.686</b>	127	1.813
CDS – Ausgelaufen <sup>2)</sup>	298	202	<b>500</b>	40	540
<b>Summe Tilgung</b>	<b>1.803</b>	<b>1.578</b>	<b>3.381</b>	<b>473</b>	<b>3.854</b>
<b>Summe Verkauf/Tilgung</b>	<b>4.502</b>	<b>2.677</b>	<b>7.179</b>	<b>2.199</b>	<b>9.378</b>

<sup>1)</sup> Für 2008/2009 sind abgebaute Nominalwerte angegeben

<sup>2)</sup> Nicht bilanzwirksam

## Unterstützungsmaßnahmen der Republik Österreich

Im Rahmen einer Kapitalisierungsvereinbarung mit der Republik Österreich vom 17. November 2009 verzichtete die Kommunalkredit neu (Kommunalkredit Austria AG; im Folgenden KA) gegenüber der KF auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1 Mrd. gegen Ausstellung eines Besserungsscheins. Dagegen leistet die KF an die KA Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen im Ausmaß des Verzichtsbetrags zuzüglich Zinsen ab dem Tag des Geldmarkteinlagenverzichtes. Die Republik Österreich übernahm die Haftung als Bürge und Zahler für die Verpflichtungen aus dem Besserungsschein über eine Put-Vereinbarung. Die Kapitalisierung über die Besserungsbürgschaft entspricht dem Anspruch eines größtmöglichen Eigenbeitrags zur Sanierung und hat bisher verhindert, dass die Republik Österreich diesen Betrag als Kapitalinstrumente in bar einschießen musste. Für die Besserungsscheinbürgschaft ist seitens der KF ein Haftungsentgelt von 10 % p. a. an die Republik Österreich zu leisten. Gemäß der im März 2011 ergangenen Entscheidung des Statistischen Amtes der Europäischen Union (EUROSTAT) wurde die Besserungsscheinbürgschaft im Ausmaß von EUR 1,0 Mrd. der Staatsschuld und für das Jahr 2010 dem Staatsdefizit zugerechnet.

In der Kapitalisierungsvereinbarung sagte die Republik Österreich der KF die Zuführung von Restrukturierungsbeiträgen durch Umwidmung und Saldierung von der KF an die Republik Österreich zu leistende Haftungsentgelte zu; und zwar in Höhe von max. EUR 60,0 Mio. im Jahr 2009 sowie jeweils jährlich weiteren max. EUR 75,0 Mio. in den Jahren 2010 bis 2013. Zweck der Restrukturierungsbeitragsvereinbarung ist die Sicherstellung einer 7%-Tier-1-Ratio der KF. Bis zum 30. Juni 2011 wurden unter diesem Titel EUR 135,0 Mio. an Restrukturierungsbeiträgen aus der Umwidmung von Haftungsentgelten gezogen. Im Juli 2011 wurden Restrukturierungsbeiträge von EUR 37,5 Mio. in Anspruch genommen. Den bisher gezogenen Restrukturierungsbeiträgen stehen bis zum 30. Juni 2011 geleistete Haftungsentgelte von brutto EUR 453,6 Mio. gegenüber.

Aus staatsgarantierten Refinanzierungen wurde im ersten Halbjahr 2011 EUR 3,0 Mrd. an staatsgarantierten Anleihen plangemäß zurückgeführt; EUR 1,5 Mrd. der zugrundeliegenden Haftung sind ausgelaufen; EUR 1,5 Mrd. wurden in eine Rahmengarantie für ein Commercial-Paper-Programm unter dem FinStaG (Finanzmarktstabilitätsgesetz) gewandelt. Weiters wurde die mit höchstens EUR 1,75 Mrd. unter dem IBSG (Interbankmarktstärkungsgesetz) bereitgestellte Geldmarktlinie der Clearingbank bis 28. Februar 2011 vollständig zurückgeführt und wird nicht weiter beansprucht. Damit wurden die bestehenden Haftungen insgesamt um EUR 3,25 Mrd. auf nunmehr EUR 7,1 Mrd. reduziert.

## Haftungsentgelte an die Republik Österreich

Die KF hat seit Beginn der Restrukturierung bis zum 30. Juni 2011 EUR 318,6 Mio. netto (d. h. nach gezogenen Restrukturierungsbeiträgen) an Haftungsgebühren an die Republik Österreich geleistet, davon EUR 84,8 Mio. in den ersten sechs Monaten 2011.

Der Republik Österreich entsteht aus der EUR 1 Mrd.-Besserungsscheinbürgschaft ein laufender, ergebnisunabhängiger Anspruch auf Haftungsgebühren, die als kapitalersetzende Maßnahme gemäß der unter dem FinStaG bestehenden Vereinbarungen mit der Europäischen Union mit 10 % p.a. verzinst werden. Ebenso erhält die Republik Österreich Haftungsentgelte aus Liquiditätsgarantien. Zusätzlich wurden von der KA bis 30. Juni 2011 EUR 20,8 Mio. als Haftungsentgelte für die Refinanzierung der Besserungsscheinbürgschaft an die Republik Österreich geleistet, welche jedoch durch anfallende Zinsansprüche aus dem Besserungsschein kompensiert werden.

Die bisher von der KF bis 30. Juni 2011 geleisteten EUR 318,6 Mio. netto Haftungsgebühren gliedern sich wie folgt:

Haftungsentgelte in EUR Mio.	2008	2009	2010	Summe 2008 bis 2010	01-06/2011	Summe 2008 bis 30.06.2011
Bürgschaften (inkl. ursprünglicher aktivseitiger Bürgschaft und Besserungsscheinbürgschaft)	2,5	104,9	104,3	211,7	53,3	265,0
Emissionsgarantien	0,0	64,0	78,3	142,3	31,2	173,5
Aufwendungen für Clearingbank-Linie <sup>1)</sup>	0,0	7,3	7,5	14,8	0,3	15,1
<b>Summe KF</b>	<b>2,5</b>	<b>176,2</b>	<b>190,1</b>	<b>368,8</b>	<b>84,8</b>	<b>453,6</b>
Kapitalisierungsbeiträge des Bundes	0,0	60,0	75,0	135,0	0,0 <sup>2)</sup>	135,0
<b>Summe Netto KF</b>	<b>2,5</b>	<b>116,2</b>	<b>115,1</b>	<b>233,8</b>	<b>84,8</b>	<b>318,6</b>

<sup>1)</sup> Per 28. Februar 2011 nicht mehr beansprucht; Bestandteil des Zinsergebnisses

<sup>2)</sup> Vor Ziehung von Restrukturierungsbeiträgen iHv EUR 37,5 Mio. im Juli 2011

## Beihilfeverfahren bei der Europäischen Kommission

Die finale Genehmigung der Europäischen Kommission zum Beihilfeverfahren und damit zum Restrukturierungsplan der vormaligen Kommunalkredit wurde am 31. März 2011 erteilt. Eine wichtige Voraussetzung für die Genehmigung des Restrukturierungsplanes im EU-Beihilfeverfahren war der Abschluss des „Impaired-Asset“-Verfahrens im Juli 2010. Dabei wurde die marktgerechte Bewertung der in der KF geführten Aktiva bei Spaltung der vormaligen Kommunalkredit überprüft und bestätigt. Die Genehmigungsentscheidung wurde von der Europäischen Kommission am 6. Juli 2011 veröffentlicht.

## Aktivastruktur

Die Bilanzsumme der KF beträgt zum 30. Juni 2011 EUR 13,8 Mrd. (31.12.2010: EUR 16,5 Mrd.) und hat sich mit dem um EUR 2,7 Mrd. um 16,5% gegenüber dem Jahresultimo 2010 über Plan liegenden Abbau der Aktiva infolge aktiver Portfoliomanagementmaßnahmen reduziert. EUR 3,8 Mrd. (31.12.2010: EUR 4,0 Mrd.) entfielen dabei auf Forderungen an Kreditinstitute; der Forderungsbestand gegenüber Kunden belief sich auf EUR 3,0 Mrd. (31.12.2010: EUR 3,5 Mrd.). Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen reduzierten sich aufgrund getroffener Abbaumaßnahmen um 18,5 % auf EUR 6,4 Mrd. (31.12.2010: EUR 7,9 Mrd.). In den Eventualverbindlichkeiten von EUR 10,0 Mrd. (31.12.2010: EUR 10,7 Mrd.) sind CDS-Sell-Positionen in Höhe von EUR 9,8 Mrd. (31.12.2010: EUR 10,5 Mrd.) sowie sonstige Haftungen von EUR 0,2 Mrd. (31.12.2010: EUR 0,2 Mrd.) enthalten.

## Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel

Die KF hält zum 30. Juni 2011 ein Kernkapital in Höhe von EUR 473,4 Mio. (31.12.2010: EUR 544,7 Mio.) und Eigenmittel von EUR 790,9 Mio. (31.12.2010: EUR 927,4 Mio.). Die Reduktion resultiert vor allem aus dem negativen Periodenergebnis. Die risikogewichteten Aktiva verringerten sich aufgrund des Portfolioabbaus um EUR 0,8 Mrd. auf EUR 6,3 Mrd. Unter Berücksichtigung der sonstigen unterlegungspflichtigen Risiken ergibt sich daraus eine Kernkapitalquote von 7,4 % (31.12.2010: 7,5 %) und eine Eigenmittelquote von 12,4 % (31.12.2010: 12,7 %). Das Eigenkapital betrug (inklusive Partizipationskapital) EUR 378,4 Mio. (31.12.2010: EUR 449,7 Mio.).

Die obigen Kapitalkennzahlen beruhen auf den gesetzlichen Berechnungskriterien nach BWG, wobei zur Ermittlung der risikogewichteten Aktiva der Standardansatz zur Anwendung kommt. Für operationales Risiko kommt ebenfalls der Standardansatz zur Anwendung.

## Refinanzierungsstruktur / Liquidität

Die KF verfügte zum 30. Juni 2011 über ein Refinanzierungsvolumen (ohne Eigenmittel) von insgesamt EUR 12,1 Mrd. (31.12.2010: EUR 14,3 Mrd.). Davon wurden im ersten Halbjahr 58 % oder EUR 7,1 Mrd. (2010: 42 % oder EUR 6,0 Mrd.) unabhängig von direkten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen aufgebracht. Der Fokus der Refinanzierungsaktivitäten lag entsprechend den Parametern des Restrukturierungsplans in der ersten Jahreshälfte weiterhin auf kurzfristigen Refinanzierungen, welche zum Stichtag EUR 7,4 Mrd. (31.12.2010: EUR 6,6 Mrd.) betragen, insbesondere Commercial Paper, EZB-Tender, Repo-Refinanzierungen sowie Geldmarkteinlagen. Von den langfristigen Refinanzierungsmitteln der KF (staatsgarantierte Anleihen, Privatplatzierungen, Darlehen) waren zu Jahresmitte EUR 4,7 Mrd. (31.12.2010: EUR 7,7 Mrd.) aushaftend.

## Rating

Die KF verfügt von der Rating-Agentur Fitch über ein langfristiges Rating von A+ und ein Kurzfrist-Rating von F1+; von S&P über ein langfristiges Rating von A und ein kurzfristiges Rating von A-1. Das staatsgarantierte Commercial-Paper-Programm wird von S&P mit A-1+ und von Fitch mit F1+ bewertet. Sämtliche Ratings haben einen stabilen Outlook.

## Ertragslage<sup>1</sup>

Das Periodenergebnis vor und nach Steuern betrug für das erste Halbjahr 2011 EUR - 71,3 Mio. und ist im Wesentlichen durch die anfallenden Haftungsgebühren gegenüber der Republik Österreich in Höhe von EUR 84,8 Mio. bestimmt. Ohne Haftungsentgelte hätte das Periodenergebnis vor Steuern EUR 13,5 Mio. betragen. Die wichtigsten Faktoren waren:

- *Nettozinsertag*  
Der Nettozinsertag betrug im ersten Halbjahr 2011 EUR - 6,5 Mio. und reflektiert Refinanzierungskosten, welche über den Durchschnittsmargen der Bestände lagen.

---

<sup>1</sup> Aufgrund der Verschmelzung der Kommunalkredit International Bank Ltd mit der KF per 18. September 2010, welche ausschließlich nach IFRS bilanzierte, ist ein Vergleich des UGB/BWG-Halbjahresergebnisses 2011 der KF weder mit jenem der KF-Gruppe zum 30. Juni 2010 nach IFRS, noch mit dem KF-Einzelabschluss nach UGB/BWG repräsentativ; daher wird eine vergleichende Darstellung nicht vorgenommen.

- Provisionsergebnis – Haftungsentgelte an die Republik Österreich*  
 Im ersten Halbjahr 2011 wurden netto Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien an die Republik Österreich von gesamt EUR - 84,5 Mio. (ohne EUR - 0,3 Mio. Aufwendungen aus Clearingbank-Linie) geleistet. Die Haftungsentgelte reflektieren den Rückgang der staatsgarantierten Emissionen.
- Verwaltungsaufwand*  
 Der Verwaltungsaufwand der KF betrug EUR 7,7 Mio. und ergibt sich im Wesentlichen aus Dienstleistungen der KA aus dem Service Level Agreement in Höhe von EUR 5,4 Mio. (Personalaufwand EUR 3,4 Mio., Sachaufwand EUR 2,0 Mio.). Sachaufwendungen in Höhe von EUR 2,3 Mio. fielen direkt in der KF an. Der Verwaltungsaufwand konnte gegenüber dem Vergleichszeitraum 2010 signifikant reduziert werden; dies auch durch den Wegfall von Sonderbelastungen wie dem Impaired-Asset-Verfahren im Zusammenhang mit der EU-Genehmigung.
- Ergebnis aus Bewertungen und Realisierungen*  
 Das Ergebnis aus Bewertungen und Realisierungen in Höhe von EUR 38,3 Mio. resultiert im Wesentlichen aus der vorzeitigen Tilgung von Emissionen (EUR 10,4 Mio.), Ergebnissen aus dem Portfolioabbau (EUR - 16,2 Mio.), der Auflösung von Einzelwertberichtigungen infolge von ordnungsgemäßer Bedienung bzw. Verkauf von wertberechtigten Darlehen/Wertpapieren (EUR 6,5 Mio.) sowie der planmäßigen Auflösung der Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG (EUR 32,5 Mio.).

## Risikostruktur

Die KF verzeichnete im ersten Halbjahr 2011 keine Kreditausfälle. Per 30. Juni 2011 beträgt der Stand an Einzelwertberichtigungen EUR 60,0 Mio. (31.12.2010: EUR 172,1 Mio.) für Kreditrisiken in Höhe von EUR 165,2 Mio. (31.12.2010: EUR 293,9 Mio.). Das entspricht einer Bevorsorgungsquote auf diesen Portfolioteil von 36 %. Bestehende Risikovorsorgen konnten teilweise aufgelöst werden, da die wertberechtigten Forderungen getilgt oder verkauft wurden; die zugrunde liegenden Forderungen reduzierten sich damit gegenüber Jahresultimo 2010 um EUR 128,7 Mio. Darüber hinaus bestehen pauschale Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 2,0 Mio. sowie Vorsorgen gemäß § 57 Abs. 1 in Höhe von EUR 132,8 Mio. und § 57 Abs. 3 in Höhe von EUR 95,0 Mio. Insgesamt bestehen somit Vorsorgen in Höhe von EUR 289,8 Mio. (31.12.2010: EUR 434,4 Mio.).

Das kapitalgewichtete Durchschnittsrating für das Gesamtexposure ist A3 (Skalierung nach Moody's). Zum 30. Juni 2011 waren EUR 21,3 Mrd. oder zu 42,1 % des Gesamtexposures (inkl. CDS und Haftungen) vom AAA/AA-Bereich sowie insgesamt zu 91,1 % dem Investment-Grade-Bereich (BBB oder besser) zuzuordnen.

### Rating-Verteilung des Exposures

Rating-Bereich	30.06.2011	31.12.2010
AAA / AA	42,1 %	42,6 %
A	26,2 %	28,9 %
BBB	22,9 %	19,0 %
	91,1%	
Non Investmentgrade	8,9 %	9,5 %

Nach Produktarten verteilte sich das Gesamtexposure mit EUR 8,6 Mrd. auf Wertpapiere (31.12.2010: EUR 10,5 Mrd.), EUR 1,4 Mrd. an Darlehen (31.12.2010: EUR 2,0 Mrd.) sowie EUR 10,4 Mrd. an CDS und Haftungen.

Geografisch entfielen 77,6 % des Portfolios auf den EU-Raum, wobei 53,8 % den EU-17 (Euroraum inkl. Österreich) sowie 23,8 % den restlichen EU-Staaten zuzurechnen waren. Auf europäische Staaten außerhalb der EU entfielen 3,6 %. Das Exposure in sonstigen Staaten mit einem Anteil von 18,8 % entfiel zu 63,3 % auf die USA und Kanada.

#### Geografische Verteilung des Exposures nach Produktkategorien

30.06.2011 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon Darlehen	davon CDS / Haftungen **
Österreich	1.251.767	5,9 %	225.162	149.895	498.284
EU-17 (Euroraum ohne Österreich), davon*	10.206.486	47,9 %	2.939.941	590.528	6.416.589
<i>Republik Griechenland</i>	<i>983.250</i>	<i>4,6 %</i>	<i>800.852</i>	<i>0</i>	<i>182.398</i>
<i>Republik Irland</i>	<i>779.484</i>	<i>3,7 %</i>	<i>100.000</i>	<i>0</i>	<i>679.484</i>
<i>Republik Portugal</i>	<i>820.688</i>	<i>3,9 %</i>	<i>150.000</i>	<i>0</i>	<i>670.688</i>
EU-Nicht-Euroraum	5.062.199	23,8 %	1.815.797	342.854	2.704.093
Nicht-EU-Europa	767.746	3,6 %	269.699	268.933	215.335
Sonstige	4.014.146	18,8 %	3.392.518	9.215	521.473
<b>Summe / Total</b>	<b>21.302.343</b>	<b>100 %</b>	<b>8.643.118</b>	<b>1.361.425</b>	<b>10.355.773</b>

\* UGB-Buchwerte für Wertpapiere; Nominalwerte für CDS; Republik Griechenland inklusive staatsgarantierter Engagements iHv EUR 164.6 Mio.

\*\* davon EUR 9,8 Mrd. CDS-Sell-Positionen

## Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

### Maßnahmen zur Stabilisierung Griechenlands

Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone haben am 21. Juli 2011 ein Maßnahmenpaket beschlossen, welches neben einem neuerlichen EUR 109 Mrd.-Unterstützungspaket für Griechenland und weiteren Erleichterungsmaßnahmen für bereits bestehende Hilfsmaßnahmen wie Laufzeiterstreckung und Zinsreduktion zusätzlich eine freiwillige Teilnahme des Banken- und Versicherungssektors an dieser Unterstützung beinhaltet. Auf Basis eines IIF-Term-Sheets (Institute for International Finance – private internationale Bankiersvereinigung) wurde dieses private Unterstützungspaket auf zusätzliche EUR 135 Mrd. geschätzt, bei angenommener Beteiligung von 90 %. Des Weiteren soll über den europäischen Schutzschirm EFSF (European Financial Stability Facility) ein betragslich noch nicht spezifiziertes Rückkaufprogramm für griechische Staatsanleihen implementiert werden.

Es wird erwartet, dass ergänzend zu den bereits bisher getätigten Maßnahmen der Europäischen Union und des IWF (Internationaler Währungsfonds) die eingeleiteten Maßnahmen eine nachhaltige Stabilisierung der Haushaltssituation Griechenlands erlauben. Auch lassen Aussagen der International Swaps and Derivatives Association (ISDA) erwarten, dass durch die beschriebenen Maßnahmen keine Auslösung (Credit Event) von Credit Default Swap (CDS)-Beständen stattfindet. Angesichts dieser Umstände sowie der bereits bestehenden und nunmehr ausgeweiteten europäischen Unterstützungsmaßnahmen werden per 30. Juni 2011 keine Einzelwertberichtigungen bzw. Drohverlustrückstellungen gebildet.

#### Prüfung der Programmteilnahme

Die freiwillige Programmteilnahme beinhaltet vier zur Wahl stehende Alternativen, welche in ihrer Ausgestaltung im Wesentlichen einen Anleihtausch oder eine Anschlussfinanzierung für Fälligkeiten bis Ende 2020 darstellen. Die Verzinsung der getauschten Instrumente soll im Bereich von 4,0 % bis 6,8 % liegen; Laufzeit zwischen 15 und 30 Jahre. Die Kapitalbeträge werden dabei ganz oder teilweise mit Anleihen oder Mitteln der EFSF oder anderen AAA-Wertpapieren besichert (voller Besicherungswert über die Aufzinsung erst am Ende der Laufzeit). Die Zinszahlungen werden von IIF als unter dem Marktwert liegend betrachtet, wobei als marktgerechte Verzinsung im IIF-Termsheet ein Satz von 9 % angenommen wurde. Der Unterschied zwischen den tatsächlichen Zinsen und den angenommenen 9 % ergibt abgezinst über die Laufzeit eine negative Barwertabweichung von ca. 21 %.

Die KF hat ein direktes Gesamt-Staatsobligo von EUR 818,6 Mio., weitere EUR 164,6 Mio. staatsgarantierte Anleihen. Vom direkten Staatsobligo entfallen EUR 182,4 Mio. auf CDS sowie EUR 636,2 Mio. auf Staatsanleihen. Für die Programmteilnahme sind nur letztere Wertpapierbestände mit Fälligkeit bis 2020 von Relevanz. Der Buchwert dieses Bestandes beläuft sich zum 30. Juni 2011 auf EUR 311,5 Mio. Bestände daraus im Umfang von EUR 303,0 Mio. sind wiederum bis zu deren Endlaufzeit in Repo-ähnlichen TRS (Total Return Swap)-Refinanzierungspositionen gebunden. Diese Positionen sind zivilrechtlich an Drittparteien gegen Hereinnahme von Liquidität verkauft; das zugrunde liegende Risiko verbleibt jedoch über eine CDS-Struktur bei der KF. Demnach kann die KF für diese Bestände nicht am Programm teilnehmen; der für eine Programmteilnahme verbleibende freie Wertpapierbestand beträgt EUR 8,5 Mio. Es ist somit aus heutiger Sicht nicht von einer Teilnahme der KF auszugehen. Weiters besteht auch nicht die Absicht, griechische Staatsanleihen mit Restlaufzeiten nach dem 31. Dezember 2020 im Rahmen eines möglichen Rückkaufprogramms zu einem unter dem aktuellen Buchwert liegenden Wert zu veräußern. Es wurden daher vor diesem Hintergrund per 30. Juni 2011 keine Vorsorgen getroffen. Es ist zu betonen, dass die KF aus der Spaltung der vormaligen Kommunalkredit hervorging, welche im November 2008 in Folge akuter Liquiditätsprobleme verstaatlicht wurde. Die KF ist Rechtsnachfolgerin der vormaligen Kommunalkredit. Durch die stattgefundenen Verstaatlichung und das Halten der griechischen Positionen wurde ein deutlicher Stabilitätsbeitrag geleistet.

## Ausblick

Im weiteren Jahresverlauf 2011 ist vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Entwicklungen in der Schuldensituation der Euro-Länder und der USA mit volatilen Finanzmärkten zu rechnen. Es wird und muss das primäre Ziel der Euro-Länder sein, die Kraft dieser Wirtschaftszone in zielgerichteten und geeigneten Maßnahmen zur Geltung zu bringen. Gemeinsames und zeitgerechtes Vorgehen ist dabei unerlässlich.

Die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum wird nach Prognosen des IHS (Institut für Höhere Studien) im Jahr 2011 um 2,0 % wachsen und im Folgejahr geringfügig auf 1,7 % zurückgehen. Für Österreich beträgt das prognostizierte BIP-Wachstum für 2011 3,0 % bzw. 2,1 % für 2012. Damit fällt das Wirtschaftswachstum auf das Niveau von 2010 zurück.

Die KF wird vor diesem volatilen Marktumfeld das bestehende Portfolio nach den Prinzipien des Restrukturierungsplans weiterführen, wobei auf pro-aktives Portfoliomanagement in einem schwierigen Marktumfeld geachtet wird. Die im ersten Halbjahr erreichten Abbauvolumina von EUR 2,2 Mrd. (daraus EUR 1,7 Mrd. durch aktiven Verkauf) stellen im Wesentlichen das Jahresziel dar; damit konnte eine insbesondere im ersten Quartal noch freundlichere Marktumgebung positiv genutzt werden. Weitere Abbaumaßnahmen in der zweiten Jahreshälfte sind angestrebt, werden jedoch stark von den Marktgegebenheiten abhängig sein.

Die KF erwartet aufgrund der zu leistenden Haftungsgebühren im 2. Halbjahr 2011 und für das Gesamtjahr kein positives Jahresergebnis bzw. keinen positiven Bilanzgewinn. Somit ergibt sich ebenso, dass auch für das Geschäftsjahr 2011 sowie in absehbarer Zukunft keine Ausschüttungen an Partizipations- und Ergänzungskapital erwartet werden. Die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Kapitalkennzahlen von 7 % Tier-1 bzw. 10 % Gesamtkapitalquote wird weiterhin angestrebt und erwartet. Entsprechende Mitteilungen gemäß § 48d Börsegesetz wurden bereits in den Vorjahren publiziert und bleiben weiterhin gültig.

# ZWISCHENABSCHLUSS

## Bilanz der KA Finanz AG nach UGB/BWG

<b>Vermögenswerte</b>		
<b>in EUR 1.000</b>	<b>30.06.2011</b>	<b>31.12.2010</b>
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken	113.368,4	317.040,4
Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	2.574.776,0	2.663.519,9
Forderungen an Kreditinstitute	3.759.947,5	3.958.337,9
Forderungen an Kunden	2.983.943,4	3.524.041,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.864.197,4	5.232.227,8
Beteiligungen	23,1	23,1
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.661,1	3.426,1
Sachanlagen	80,5	89,4
Sonstige Vermögensgegenstände	446.599,0	750.097,2
Rechnungsabgrenzungsposten	26.022,6	42.793,0
<b>Vermögenswerte</b>	<b>13.771.619,1</b>	<b>16.491.596,5</b>

<b>Verbindlichkeiten und Eigenkapital</b>		
<b>in EUR 1.000</b>	<b>30.06.2011</b>	<b>31.12.2010</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.417.376,6	6.375.167,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	93.726,7	121.159,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.966.290,3	8.283.498,5
Sonstige Verbindlichkeiten	447.476,1	711.505,8
Rechnungsabgrenzungsposten	57.048,4	76.522,5
Rückstellungen	112.264,8	139.735,9
Fonds für allgemeine Bankrisiken	95.000,0	95.000,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	171.777,9	202.716,4
Ergänzungskapital	32.283,3	36.605,6
Partizipationskapital	434.126,8	434.126,8
Gezeichnetes Kapital	22.346,0	22.346,0
Kapitalrücklagen	144.351,2	144.351,2
Gewinnrücklagen	118.551,0	118.551,0
Haftrücklage gem § 23 (6) BWG	76.091,1	76.091,1
Bilanzverlust	-417.091,1	-345.780,6
<b>Verbindlichkeiten und Eigenkapital</b>	<b>13.771.619,1</b>	<b>16.491.596,5</b>

## Gewinn-und-Verlustrechnung der KA Finanz AG nach UGB/BWG

(Vergleichswerte 2010 sind aufgrund der im September 2010 erfolgten Verschmelzung mit der Kommunalkredit International Bank Ltd nicht repräsentativ)

in EUR 1.000	01.01.2011- 30.06.2011	01.01.2010- 30.06.2010
<b>Nettozinsertrag</b>	<b>-6.478,4</b>	<b>6.973,5</b>
Erträge aus Beteiligungen	26,3	0,0
Provisionsergebnis	-91.093,0	-86.068,6
<i>davon Haftungsentgelte</i>	<i>-84.515,4</i>	<i>-89.251,6</i>
Ergebnis aus Finanzgeschäften	-964,7	2.356,6
<i>davon Drohverlustrückstellung CDS</i>	<i>715,3</i>	<i>2.301,4</i>
Sonstige betriebliche Erträge	257,6	18,0
<b>Betriebserträge</b>	<b>-98.252,2</b>	<b>-76.720,5</b>
<b>Allgemeiner Verwaltungsaufwand</b>	<b>-7.724,8</b>	<b>-9.970,4</b>
Personalaufwand	-5,0	0,0
Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-7.719,9	-9.970,4
Abschreibungen auf Sachanlagen	-8,9	-0,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.603,0	-0,4
<b>Betriebsaufwendungen</b>	<b>-11.336,7</b>	<b>-9.971,0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-109.588,9</b>	<b>-86.691,5</b>
Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	0,0	-9.715,8
<i>davon Veränderung Vorsorge gem. § 57 (1) BWG</i>	<i>0,0</i>	<i>-9.715,8</i>
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	34.781,9	7.009,9
<i>davon Veränderung Vorsorge gem. § 57 (1) BWG</i>	<i>32.500,0</i>	<i>0,0</i>
Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	3.499,2	89.410,9
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-71.307,8</b>	<b>13,6</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2,7	-10,6
Sonstige Steuern	0,0	-3,0
<b>Periodenergebnis</b>	<b>-71.310,5</b>	<b>0,0</b>

# ANHANG ZUM ZWISCHENABSCHLUSS DER KA FINANZ AG

## 1. Allgemeine Grundsätze

Der vorliegende Zwischenabschluss der KA Finanz AG (KF) wurde im Einklang mit § 87 BörseG erstellt und enthält eine verkürzte Bilanz, eine verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung, einen erläuternden Anhang sowie einen Halbjahreslagebericht.

In der Zwischenberichtsperiode wurden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie für den Abschluss der KA Finanz AG zum 31. Dezember 2010 angewandt.

Der vorliegende Zwischenabschluss für den Zeitraum 1. Jänner bis 30. Juni 2011 beinhaltet nicht alle Informationen und Anhangsangaben, die im Jahresabschluss verlangt werden, und ist deshalb in Verbindung mit dem Jahresabschluss 2010 der KA Finanz AG zu lesen.

## 2. Griechenland

Durch die Staaten der Eurozone wurden zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) angesichts der Verschuldungssituation mehrerer Euro-Länder Unterstützungsmechanismen zum Schutz des Euro eingerichtet. Griechenland wurden 2010 unter diesem Europäischen Stabilisierungsmechanismus umfassende Hilfen gewährt.

Ende Mai 2011 wurde bekannt, dass Griechenland seine Sparziele für das Staatsbudget verfehlt hat. Die Ratings für griechische Staatsanleihen wurden weiter gesenkt; die Risikoaufschläge für zweijährige griechische Staatsanleihen betragen zum 30. Juni 2011 über 27 %. Im Juli 2011 wurde eine weitere Unterstützung Griechenlands beschlossen, mit der die bestehende Finanzierungslücke vollständig geschlossen wird. An dieser Unterstützungsmaßnahme sollen sich private Gläubiger freiwillig beteiligen.

Die freiwillige Beteiligung privater Gläubiger soll durch den Tausch bestehender Anleihen, die spätestens bis Ende des Jahres 2020 fällig werden, in neue Wertpapiere mit 15- bzw. 30-jähriger Laufzeit erfolgen. Nach dem derzeit vorliegenden Financing Offer des IIF (Institute of International Finance) sollen vier Tauschvarianten zur Verfügung stehen, bei welchen die neu auszugebenden Anleihen so ausgestattet werden, dass bezogen auf einen (rechnerischen) Nominalwert von 100 % die künftigen Zins- und Tilgungszahlungen zu einem Barwert von 79 % führen. Daher war zu prüfen, ob eine dauerhafte Wertminderung der griechischen Staatsanleihen vorliegt.

Die KF hat ein direktes Gesamt-Staatsobligo von EUR 818,6 Mio., davon sind Nominale EUR 182,4 Mio. CDS sowie Buchwert EUR 636,2 Mio. griechische Staatsanleihen. Für die Frage der Programmteilnahme sind von diesen nur die Wertpapierbestände mit Fälligkeit bis 2020 von Relevanz. Der Buchwert dieses Bestandes beläuft sich zum 30. Juni 2011 auf EUR 311,5 Mio., ist jedoch im Umfang von EUR 303,0 Mio. bis zu deren Endlaufzeit in Repo-ähnlichen TRS (Total Return Swap)-Refinanzierungspositionen gebunden. Diese Positionen sind zivilrechtlich an Drittparteien gegen Hereinnahme von Liquidität verkauft; das zugrundeliegende Risiko verbleibt jedoch über eine CDS-Struktur bei der KF. Demnach kann die KF für diese Bestände nicht am Programm teilnehmen; der für eine Programmteilnahme verbleibende freie Wertpapierbestand beträgt EUR 8,5 Mio. Aufgrund der getroffenen Stabilisierungsmaßnahmen wird erwartet, dass die Bedienung und Rückzahlung der am Programm nicht teilnehmenden Staatsanleihen gesichert ist. Weiters besteht derzeit keine Absicht, diese Anleihen im Rahmen des Rückkaufprogramms zu einem unter dem aktuellen Buchwert liegenden Wert zu veräußern. Daher geht die KF davon aus, dass für diese Anleihen keine dauerhafte Wertminderung eingetreten ist.

### 3. Sonstige Angaben

#### a. Rechtsrisiken und sonstige Verpflichtungen

Ein Investor in Genussrechte der ehemaligen Kommunalkredit International Bank Ltd hat gerichtliche Schritte hinsichtlich EUR 1,57 Mio. Zinsen auf Genussrechte eingeleitet. Die KF hält diese Ansprüche für unbegründet. Darüber hinaus gab es in der Zwischenberichtsperiode keine Änderungen zu den im Jahresabschluss 2010 dargestellten Rechtsrisiken und sonstigen Verpflichtungen.

#### b. Ergebnisentwicklung

Angaben zur Ergebnisentwicklung des ersten Halbjahres 2011 und zu den bestimmenden Geschäftsvorfällen finden sich im Zwischenlagebericht.

#### c. Eventualverbindlichkeiten

Die Eventualverbindlichkeiten stellen sich zum 30. Juni 2011 wie folgt dar:

	30.06.2011	31.12.2010
<b>in EUR 1.000</b>		
Eventualverbindlichkeiten		
Bürgschaften und Haftungen	10.018.806,0	10.704.050,5
Andere Verpflichtungen		
Kreditrahmen und Promessen	7.820,4	10.544,7

Wien, am 5. August 2011

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler  
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann  
Mitglied des Vorstandes

# ERKLÄRUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER ZUM HALBJAHRESFINANZBERICHT

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte verkürzte Zwischenabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und dass der Halbjahreslagebericht ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bzgl. der wichtigen Ereignisse während der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres und ihrer Auswirkungen auf den verkürzten Zwischenabschluss und bzgl. der wesentlichen Risiken und Ungewissheiten in den restlichen sechs Monaten des Geschäftsjahres vermittelt.

Wien, am 5. August 2011

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler  
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann  
Mitglied des Vorstandes

# **BERICHT ÜBER DIE PRÜFERISCHE DURCHSICHT DES NACH UGB AUFGESTELLTEN VERKÜRZTEN ZWISCHENABSCHLUSSES ZUM 30. JUNI 2011**

## **Einleitung**

Wir haben den beigefügten verkürzten Zwischenabschluss der KA Finanz AG, Wien, für den Zeitraum vom 1. Jänner bis 30. Juni 2011 prüferisch durchgesehen. Der verkürzte Zwischenabschluss umfasst die verkürzte Bilanz zum 30. Juni 2011, die verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Jänner bis zum 30. Juni 2011 sowie erläuternden Anhangangaben.

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Aufstellung dieses verkürzten Zwischenabschlusses verantwortlich.

Unsere Verantwortung ist es, auf Grundlage unserer prüferischen Durchsicht eine zusammenfassende Beurteilung über diesen verkürzten Zwischenabschluss abzugeben.

## **Umfang der prüferischen Durchsicht**

Wir haben die prüferische Durchsicht unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufsüblichen Grundsätze sowie des International Standard on Review Engagements ISRE 2410 „Prüferische Durchsicht des Zwischenabschlusses durch den unabhängigen Abschlussprüfer der Gesellschaft“ durchgeführt.

Die prüferische Durchsicht eines Zwischenabschlusses umfasst Befragungen, in erster Linie von für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlichen Personen, sowie analytische Beurteilungen und sonstige Erhebungen. Eine prüferische Durchsicht ist von wesentlich geringerem Umfang und umfasst geringere Nachweise als eine Abschlussprüfung und ermöglicht es uns daher nicht, eine mit einer Abschlussprüfung vergleichbare Sicherheit darüber zu erlangen, dass uns alle wesentlichen Sachverhalte bekannt werden. Aus diesem Grund erteilen wir keinen Bestätigungsvermerk.

## **Ergebnis der prüferischen Durchsicht**

Auf Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der beigefügte verkürzte Zwischenabschluss kein getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 30. Juni 2011 sowie der Ertragslage für den Zeitraum vom 1. Jänner 2011 bis zum 30. Juni 2011 in Übereinstimmung mit den in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften vermittelt.

**Stellungnahme zum Halbjahreslagebericht und zur Erklärung der gesetzlichen Vertreter gemäß § 87 BörseG**

Wir haben den Halbjahreslagebericht gelesen und dahingehend beurteilt, ob er keine offensichtlichen Widersprüche zum verkürzten Zwischenabschluss aufweist. Der Halbjahreslagebericht enthält nach unserer Beurteilung keine offensichtlichen Widersprüche zum verkürzten Zwischenabschluss.

Der Halbjahresfinanzbericht enthält die von § 87 Abs. 1 Z 3 BörseG geforderte Erklärung der gesetzlichen Vertreter.

Wien, am 5. August 2011

PwC INTER-TREUHAND GmbH  
Wirtschaftsprüfungs- und  
Steuerberatungsgesellschaft

gez.:

Dipl.-Ing. Mag. Friedrich Rödler  
Wirtschaftsprüfer

gez.:

Dipl.Kfm.Univ. Dorotea-E. Rebmann  
Wirtschaftsprüfer